

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Zeitungspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezug monatlich 8,15 M., bei Zustellung unter Streifenband (für Deutschland) 7.— M., (für Ausland) 8.— M., per Brief 13.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate fallen die achtspaltige Nonpareilzeile ab, deren Raum einchl. Erzeugungsbeitrag 2,20 M., das sechsstufige Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 85 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die achtspaltige Nonpareilzeile 2,40 M., das sechsstufige Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeiter! Arbeiterinnen! Angestellte!

Die Nationalversammlung tritt heute nachmittag zusammen. Sie hat den Auftrag, das Betriebsräte-Gesetz durchzupeitschen. In diesem Gesetz paart sich Verlogenheit mit Niedertracht. Wirtschaftliche Demokratie behauptet man Euch geben zu wollen. In Wirklichkeit will man Euch wieder fest an das kapitalistische Joch schmieden, will man die Betriebsräte zu Mamelucken des Unternehmertums machen.

Laßt Euch eine solche Gesetzesmacherei nicht gefallen. Zeigt den Erwählten in der Nationalversammlung, daß Ihr Euch nicht zu geduldigen Objekten der Gesetzgebung erniedrigen lassen wollt.

Verlaßt daher heute mittag 12 Uhr die Betriebe! Demonstriert in Massen vor dem Reichstage!

Beweist der Regierung und der herrschenden Gesellschaft, daß Ihr Euch die letzte Errungenschaft der Revolution, die revolutionären Betriebsräte nicht rauben lassen wollt.

Auf zum Protest! Nieder mit dem Betriebsratsgesetz!

Auf zum Kampf für das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, für revolutionäre Betriebsräte, für das revolutionäre Räte-system!

- Verband der Buchbinder.
 - Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter.
 - Verband der Gastwirtsgehilfen.
 - Verband der Fabrikarbeiter.
 - Zentralverband der Fleischer.
 - Verband der Lederarbeiter.
 - Zentralverband der Glaser.
 - Verband der Holzarbeiter.
 - Verband der Maler und Lackierer.
 - Verband der Maschinisten und Heizer.
 - Deutscher Metallarbeiterverband.
 - Verband der Schneider und Wäschearbeiter.
 - Zentralverband der Schuhmacher.
 - Verband der Sattler und Portefeuilier.
 - Deutscher Banarbeiterverband.
- Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D. Vollzugsrat Groß-Berlin.**

Vor der Entscheidung.

Wenn die Arbeiterschaft in zwölfster Stunde zum Sturm gegen das Betriebsrätegesetz antritt, so geht dieser Kampf nicht um kleine Verbesserungen dieses elenden Nachwerkes, sondern es gilt den Kampf um die Räteidee schlechthin. Die Arbeiterschaft bekämpft dieses Gesetz nicht, weil es ein schlechtes Gesetz ist — deren gibt es viele —, sondern weil es ein Gesetz gegen die Räte ist, weil es den Zweck hat, das Unternehmertum ein für allemal vor der „Rätegefahr“ zu bewahren. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz die Betriebsräte auf das Niveau des Arbeiterausschusses, den wir längst befohen, und sogar unter dieses Niveau herunterdrückt. Damit wird unter dem Namen der Räte eine Einrichtung geschaffen, die einen völlig anderen, der Räteidee geradezu feindlichen Zweck verfolgt, die eine Buchtrute statt eine Waffe der Arbeiterschaft sein wird.

Wir fordern das Räte-system als Mittel, um der Arbeiterklasse jenen Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtwirtschaft zu sichern, deren sie bedarf, um die „Betriebsräte“, wie es im Gesetz mehrfach heißt, wirklich in den Dienst des Gesamtinteresses zu stellen durch Vorbereitung und Betreibung der Sozialisierung der Wirtschaft. Während der selbstherrliche Kapitalist unter dem Betriebsräte nur den Profitzweck versteht, während ihm die Gesamtwirtschaft eine völlig gleichgültige Angelegenheit ist, wenn nur sein Betrieb „korkiert“, fordert die Arbeiterschaft Organe, die, an der Betriebsleitung teilnehmend, den Betrieb doch nur als Teil der Gesamtproduktion betrachten und ihm planmäßig seine Aufgabe im Rahmen der Gesamtproduktion zuweisen sollen, indem sich Betriebsräte zu Bezirkswirtschaftsräten und höher hinauf zu umfassenderen Körperschaften zur Leitung der Produktion zusammenschließen. Es gilt die Einführung einer planmäßigen Produktionsleitung, die es im Kapitalismus nicht

gibt, der nur eine Betriebsleitung kennt und nur Profitinteressen des einzelnen Unternehmers oder Unternehmungskonzerns maßgebend sein läßt für die Gestaltung der Produktion.

Darum ist es eine Verdrehung der Wahrheit, wenn das „Berliner Tageblatt“ mit Bezug auf die gegenwärtige Bewegung behauptet, die „wirtschaftliche Ordnung“ müsse „gegen den Ansturm des Radikalismus“ verteidigt werden. Es handelt sich im Gegenteil darum, den ersten energischen Schritt zur Herstellung einer Wirtschaftsordnung zu tun, indem Körperchaften eingerichtet werden, die imstande sind, das kapitalistische Wirtschaftschao, das in der gegenwärtigen Not ein Hindernis des Aufstieges ist, durch einen organischen Umgestaltungsprozeß zu einer planmäßigen Wirtschaft zu entwickeln. Es handelt sich darum, Organe zu schaffen, deren ungehindertes überlegenes Wirken alle Schmerzen der mangelhaften Produktivität der Arbeit, die nur eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie ist, mit großen Mitteln zu bekämpfen.

Aber das eben ist der gefährlichste Schwindel, der mit dem Betriebsrätegesetz getrieben wird. Mit dem Vorgeben, daß hier das von den Arbeitern geforderte Räte-system verwirklicht werde, soll in der Arbeiterschaft zugleich der Eindruck erweckt werden, als sei damit auch ein Schritt auf dem Wege zur Aufhebung der Kapitalismacht getan. Und weil dem so sei, weil die Arbeiter nunmehr „gebührenden“, allen „gerechten Forderungen entsprechenden“ Anteil an der Betriebsleitung und Produktionsführung haben, darum hätten sie nunmehr auch die Pflicht, die „Betriebsräte“ pfelegen zu helfen, die Produktion vor Erschütterungen zu bewahren — und was der gleichen ehrenvolle Aufgaben mehr sind. Das heißt, die Arbeiterschaft soll die Vertretung ihrer Klasseninteressen zurückstellen und ihre Vertretungen beauftragen, die „Betriebsräte“ des Kapitals zu fördern, die Vormachtstellung des Kapitals im Produktionsprozeß fester und fester zu fundieren. Auf so verlogene Art beizuhilfen man

keine Bestimmungen des Gesetzes, die an den Betriebsrat die unehrenhaftesten Zumutungen stellen, die den Betriebsrat zu einem Mittel der Zerstörung der Arbeiterkollaboration machen, indem sie ihm die unwürdige Rolle eines Kuspatters im Betrieb anweisen.

Gegen diese Unordnung und Unmoral richtet sich der Kampf der Arbeiterschaft. Er ist ein Kampf gegen die soziale und wirtschaftliche Konterrevolution und für eine höhere soziale Moral. Die Arbeiterschaft will ihre Solidarität nicht nur bewahren, sondern sie will Vorkehrungen treffen, die geeignet sind, die Solidarität, das Einsehen aller Einzelkräfte für ein Ganzes, von der Arbeiterklasse, auf die sie beschränkt war, auszuwehnen auf die Gesellschaft. Und was ihnen entgegengehalten wird, ist niedrigstes Profitinteresse, schäblicher Klassenegoismus.

Obwohl es sich bei unserem gegenwärtigen Kampf um dieses große Prinzip und nicht um alle die kleinen Fragen der Bilanzentsicht, des Einspruchsrechts bei Entlassungen und Einstellungen usw. handelt, haben doch auch diese Einzelheiten ihre Bedeutung. Sie haben sie vor allem für die Gewerkschaften. Auch sie bedürfen weitestgehender Rechte für die Betriebsvertretungen, um auf ihrem eigenen Gebiet weitere Fortschritte zu machen. Beschränkt sich der Gewerkschaftskampf auf die althergebrachten Mittel, dann verfallt er bald völlig der Stagnation. Auch die Gewerkschaften können sich daher mit den Mächtigkeiten des Gesetzes nicht begnügen. Sie haben es — wird man erwidern — nun in der Hand, durch tarifliche Vereinbarungen die Rechte der Betriebsvertretungen zu erweitern. Aber daran wird sie das Gesetz hindern. Das ist das andere Uebel dieser konterrevolutionären Gesetzgebung, daß sie der Initiative der Gewerkschaften den Weg verperren wird, denn alle Welt wird, nachdem der Wechselbalg Gesetz geworden ist, auf ihn verweisen und weitergehende Forderungen zurückweisen mit der Behauptung, die Rechte der

Die Eisenbahnerbewegung.

Betriebsräte seien gesetzlich geregelt, und damit werde diese Angelegenheit aus den privaten Erörterungen aus.
So wird das Gesetz zu einem Symptom des allgemeinen ökonomischen und sozialen Fortschritts und zu einer Einschränkung der Kampffreiheit der Organisationen. Und wenn die Arbeiter sich in letzter Stunde gegen diesen Schlag zur Wehr setzt, so wahr ist sie damit nicht nur ihre elementarsten Klasseninteressen, sondern vertritt gegenüber dem Profitindividualismus der Unternehmer die Grundzüge eines höheren sozialen Rechts und die Interessen des ganzen Volkes. Und diesen Kampf muß das Proletariat rücksichtslos fortsetzen, unbeirrt von dem Geheul der Presse, auf das eingegangen sich noch Gelegenheit finden wird. Je stärker dieses Geheul der Gegner, um so stärker die Ueberzeugung der Arbeiter, daß ihr Recht der Seite ist.

Koste-Regiment in Sachsen.

Leipzig, 12. Januar.

Der militärische Oberbefehlshaber für Sachsen-West, Generalmajor Scafft v. Pilsach, erläßt einen Aufruf, in dem unter Hinweis auf die geplanten Protestversammlungen der U. S. D. gegen das Betriebsrätegesetz an die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, die dringende Mahnung gerichtet wird, sich nicht für die politischen Zwecke einer Unruhe zu mischen zu lassen. Allen Versuchen, durch Demonstrationen oder Gewaltakte eine Umwälzung herbeizuführen, werde militärisch rücksichtslos mit Waffengewalt entgegengetreten werden.

Neue Zustände.

Wir haben leithin jenes Schreiben in Erinnerung gebracht, mit dem einst Herr Krüger, der Adlatus Oberst, zur Einstellung des großen Angeklagtenkreises um das Mitbestimmungsrecht im April ermahnte, indem er tröstliche Versicherungen über das kommende „Mitegeß“ abgab. Eine sichtlich offiziell inspirierte Pressenotiz verkündet nun, daß es sich dabei um ein Privatvergnügen des letzteren und der Arbeiterschaft als Vorherrscher der Berliner Rechtssozialisten unruhigst bekannten Herrn Krüger handelt. Der „Korrespondenz-Kruger“ sei nebenbei auch Bürochef des Reichspräsidenten. Und weil er sich als solcher der amtlichen Briefbogen bedient, darum werde der Eindruck erweckt, als handele es sich um eine Kundgebung der Regierung. Mit Verlaß: nicht dadurch allein, sondern weil es in dem Schreiben heißt, die Regierung werde es sich aneignen lassen, für eine gesetzliche Festlegung des Mitbestimmungsrechtes zu wirken.

Die Notiz geht weiter, daß die Unternehmerorganisation damals gegen das Schreiben protestiert habe. Und darauf habe Herr Krüger, zur Rede gestellt, folgendes erklärt:

„Das Schreiben habe ich, wie aus seiner Fassung ganz klar hervorgeht, als Person und auf Wunsch der Angestellten an die Arbeitgeber gerichtet. Die sogenannten Drohungen am Schluß des Schreibens bringen meine persönliche Meinung zum Ausdruck, die ausgesprochen ich als einmündiger Mann an dem rein persönlichen Charakter dieses Schreibens nichts ändern. Auf die Mitteilungen der Presse, daß ich als Regierungsvorsteher verhandelt habe, habe ich keinen Einfluß gehabt.“

Wenn der Herr nun schon die Dreistigkeit hat, Briefbogen mit dem amtlichen Siegelstempel für seine Privatbriefschreiber zu benutzen, wie kommt er denn dazu, Erklärungen im Namen der Regierung als — persönliche Meinung — abzugeben. Oder sollten das alles nur faule Ausreden sein?

Ein zweites Scapa Flow.

Unsere Mitteilung über die in Seeoffizierskreisen bestehende Absicht der Versenkung der fünf kleinen Kreuzer, die wir an die Entente abzuliefern haben, hat den Erfolg gehabt, daß die Regierung von diesem Plan abrückt und seine Durchführung als einen verbrecherischen Akt bezeichnet. Zugleich versucht aber das Reichswehrministerium, im Bunde mit der ihm ergebenen Presse, eine Reklamation zugunsten des Offizierskorps zu veranstalten. Es wird erklärt, daß die Offiziere schon seit geraumer Zeit bemüht seien, beruhigend auf die Besatzungen einzuwirken, die über die Forderungen der Entente „erregt“ seien. Auch der kürzlich wegen seiner herausfordernden Neujahrsbotschaft gemahnte Konteradmiral Reurer wird in dieser Beziehung als „vorbildlich“ geschildert. Schuld sind also diesmal nicht die Herren Offiziere, sondern die Matrosen, dieselben Matrosen, die sonst als Aufrührer, Meuterer usw. in den Äußerungen Harben geschildert werden. Wie verlange diese ganze Aktion ist, die unter Führung der Regierung eingeleitet worden ist, geht aus dem Wortlaut des Schreibens hervor, das ein höherer Militär an die Parteileitung der Kieler Rechtssozialisten gerichtet hat. Das Schreiben lautet:

Diel, 7. Januar.

Angeht die bei furchtbar schweren Kollisionen, die uns von der Entente für die bei Scapa Flow versenkten Flotte aufgebodet sind, halte ich es nach reiflicher Ueberlegung im Interesse unseres deutschen Vaterlandes für meine Pflicht, Sie als den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Kiel, von folgendem in Kenntnis zu setzen:

Herr Leutnant z. S. . . kam kürzlich zu mir und teilte mir mit, daß man beabsichtige, die fünf von der Entente geforderten Schiffe — vier kleine Kreuzer — zu versenken, um ein Ablösen zu ermöglichen.

Ich kenne Herrn Leutnant . . . zwar erst kurze Zeit, er hat aber auf mich den günstigsten Eindruck gemacht, nicht den eines Schwärzers. Ich halte ihn für einen aufrichtigen vaterlandsliebenden jungen Offizier. Ich bitte Sie daher dringend, sich sobald als möglich mit Herrn . . . persönlich in Verbindung zu setzen und die Angelegenheit zu verhandeln, und, falls es wahr sein sollte, daß einzelne und unvernünftige Köpfe eine solche Maßnahme beabsichtigen, rechtzeitig energisch eingeschritten.

Unser armes Deutschland braucht Frieden. Das ganze Volk würde für diese Tat wieder schwere Büßen müssen.

Aus dem Schreiben geht unzweifelhaft hervor, daß ein Leutnant, in Verbindung mit einer Gruppe von Besinnungslosen, den Plan der Versenkung der fünf Kreuzer ins Auge gefaßt und wohl auch vorbereitet hat. Es ist

Die Meldungen über den Verlauf der Eisenbahnerbewegung lassen erkennen, daß dieselbe in ein kritisches Stadium eingetreten ist. Zwischen der Regierung und der Verhandlungskommission ist bisher ein Einverständnis erzielt worden. Die höchste Lohnklasse sieht einen Stundenlohn für Handwerker im Alter von 24 Jahren und darüber von 3,50 M. vor, mit Ausnahme von Berlin, wo 3,60 M. gezahlt werden. Jeder Direktionsbesitz wurde bisher in Wirtschaftsklassen eingeteilt und der Lohn entsprechend abgestuft. Daß es hierbei zu Differenzen über die Einteilung der einzelnen Orte kommen mußte, ist ganz erklärlich, da sich bei jeder Abgrenzung Schwierigkeiten ergeben. Aber glücklich ist es, wenn man einheitliche Wirtschaftsgebiete glaubt in der Entlohnung erreichen zu müssen. Dies ist mit ein Grund, weshalb im Westen der Streik der Eisenbahner so Ausdehnung genommen hat.

Einige kommen noch einige ganz unglaubliche Maßnahmen der Regierung, welche anscheinend immer noch nicht weiß, daß die Arbeiterschaft nicht mehr wie früher behandelt werden darf. Eine Kommission der Reichsregierung aus dem Direktionsbezirk Essen traf hier am Montag ein, um dem Ministerium die Forderungen der Streikenden zu übermitteln. Darauf antwortet die Regierung in der alten Weise: „Die Kommission wird nicht vorgelassen.“ Ebenso wird ein Telegramm bekannt, welches den einzelnen Verwaltungen die Anweisung gibt, unter allen Umständen auf der Schaffung von sechs Wirtschaftsklassen bestehen zu bleiben, auch wenn es zu einem Streik kommt. Die Regierungsvorsteher bestreiten dies, während aus den verschiedenen Bezirksämtern das gleiche gemeldet wird. Auch eine Verfügung, wonach bereits Briefumschläge mit den Adressen besonders besonnener Elemente angefertigt werden sollten, und eine große Verfügung, wonach die Werbung zu erlassen ist, daß die Anfertigung besagter Briefumschläge erfolgt sei, wird bekannt. Und um das Maß voll zu machen, wird der Verlagsverwalter, welcher bisher im Westen im Regierungsbezirk Freieier von Walter-Sebering nicht aufgehoben wurde, verschärft.

Ein besonderes Zwischenstück liefert sich der Regierungsrat Ratenbach aus Essen. Die Verhandlungskommission der Arbeiter gibt sich alle Mühe, die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Es gelingt ihr, die Forderung im Tarifvertrag um 20 Pf. pro Stunde in der höchsten Klasse zu überschreiten; bei der Einstellung der Orte in die einzelnen Wirtschaftsklassen schließt mancher Wunsch der Kommission an dem „Annamhobar“ der Regierung. Das alles weiß der Offizier Regierungsrat, welcher bei den Verhandlungen zugegen ist. Trotz alledem bekämpft er diese Herr fertig, den Arbeitern seines Direktionsbezirks mitzuteilen, daß wenn nur die Gewerkschaftsvorsteher energischer gewesen wären, eine andere Einreichung verschiedener Orte erfolgt sei. Diese Methode, die Zustimmung der Arbeiter auf die Gewerkschaften abzuwälzen, ist bei Regierungsvorstehern wohl neu, aber sie dürfte nicht ungefährlich sein.

Daß bisher die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten, liegt an der Regierung, aber die Arbeiter können und wollen nicht länger warten. Die bisherigen Verhandlungen ergeben eine Lohnerhöhung für jeden Arbeiter von ca. 1 M. pro Stunde. Die Arbeiter verlangen nunmehr, daß diese Summe noch im Laufe des Monats Januar zur Auszahlung gelangt und nicht gewartet wird bis zum endgültigen Abschluß der Verhandlungen.

Daß die Geduld der Arbeiter bis aufs äußerste angepannt ist, ergeben die neuen Nachrichten, wonach damit zu rechnen ist, daß in den nächsten 24 Stunden auch in Mitteldeutschland der Streik andrückt, wenn nicht die Regierung sofortige Zugeständnisse macht in der Auszahlung der bereits bewilligten Zulage von 1 M. pro Stunde. Es muß auch die Möglichkeit offen gelassen werden, daß in den Direktionsbezirken mit den Arbeitern etwaige Ungleichheiten bei der Einreichung der Orte in die Wirtschaftsklassen ausgeglichen werden können. Die Situation ist furchtbar ernst, das wird nun auch die Regierung endlich begreifen. Wenn es ihr ernstlich darum zu tun ist, den Streik zu beenden, so hat sie es in der Hand. Ihre neuen Maßnahmen lassen allerdings erkennen, daß sie es noch wie vor mit der Gewaltpolitik hält. So veröffentlicht die

nicht annehmen, daß er seine Mitverschworenen aus den Reihen der Matrosen gewählt hat; es ist vielmehr wahrscheinlich, daß mindestens die Leitung des geplanten Verbrechens in den Händen einer Gruppe von Marineoffizieren liegt, die sicherlich auch nichts unversucht gelassen hat, um einzelne von ihnen beeinflusste Matrosen als Handlanger für die Durchführung der Versenkung zu gewinnen. Da die Parteileitung der Kieler Rechtssozialisten schon am 7. d. M. von dem Plane Kenntnis erhielt, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Regierung über alle Einzelheiten rechtzeitig unterrichtet worden ist. Um so empörender ist es, daß noch jetzt von Seiten der Regierung versucht wird, die Angelegenheit in einem für die Offiziere günstigen Licht darzustellen und gleichzeitig die Tat von Scapa Flow noch immer als ein „Heldenstück“ zu erklären. Daß fast die gesamte Presse sich sofort diese Worten zu eigen macht, nimmt nicht wunder. Verwunderlicher aber erscheint es, daß die Regierung, die nach den bösen Erfahrungen der Affäre von Scapa Flow gewarnt sein sollte, es noch immer nicht unterlassen kann, mit dem Feuer zu spielen. Statt sofort die energischsten Maßnahmen gegen die verbrecherischen Offizierskreise zu ergreifen, wird dieselbe verlogene nationalistiche Politik fortgesetzt, die uns schon so viel Unheil gebracht hat.

Gemeine Heze.

Die bürgerliche Presse läßt sich aus dem Westen berichten, daß der Streik der Telegraphenarbeiter Sabotageakte begeht habe. So liest man z. B. in der „Völkischen Zeitung“ an erster Stelle in fettesten Lettern folgendes:

Durch Sabotage der Streikenden ist der Telegraphen- und Telefonverkehr im ganzen Industriegebiet erheblich geschädigt. Von den maßgebenden Stellen ist einwandlos festgestellt worden, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Komplott zur Störung des Drahtverkehrs handelt. Die Streikenden haben sich nicht damit begnügt, einzelne Drahtverbindungen zu durchschneiden, sie haben auch an zwei Stellen ganze Kabel mit je 25 Leitungen zerhackt, wodurch naturgemäß Massenstörungen entstanden sind.

Eisenbahndirektion Essen eine Aufforderung an sämtliche Eisenbahnbedienstete ihres Bezirkes, wonach diese sich jeder unbefugten Einmischung in Betrieb und Verkehr der Eisenbahnen zu enthalten und den Dienst sofort wieder auszuführen haben. Wer seine Arbeit nicht spätestens am Mittwoch, den 14. Januar, früh planmäßig wieder aufnimmt, ist entlassen.

Im allgemeinen ist in der Streiklage im Westen keine Veränderung eingetreten. Die Streikbewegung in Obersachsen hat bereits auch Mittel- und Niederachsen erfaßt. Im Westen ist durch den Streik der Postverleiher und der Kohlenabtransport Post in Mitleidenschaft gezogen.

Ministerweisheit.

Während die offiziöse „Deutsche Allgemeine Zeitung“ über die Auslandsbewegung der Eisenbahner jammert und von „wilden Streikagitatoren“, „Inseln des Arbeitslosigkeit“ spricht, läßt sich Herr Verkehrsminister Bell im „Süddeutschen Blatt“ über die Gründe der Eisenbahnerbewegung vernehmen. Er ist nicht ganz sicher, ob die Bewegung rein politischer Natur ist, jedenfalls jedoch über „kommunistische Agitatoren“ dahinter.

Wie sich in so einem Ministerlopp die Welt maßt. Mit dem plattestem Alltagsgemisch über kommunistische „Geherci“ geht Herr Bell über die ungeheure Wichtigkeit dieser Bewegung hinweg. Kein Wort des Verständnis oder der Kenntnis der Entwicklung der Verhältnisse, die gerade bei den Eisenbahnern außerordentlich kompliziert ist. Herr Bell schlägt mit der Faust auf den Tisch und sagt: „Die Streikenden haben eine ungeheure Verantwortung auf sich“. Hat er auch an die Verantwortung gedacht, die die Regierung auf sich läßt durch Nachschichten, wie wir sie oben geschildert haben? Er macht die öffentliche Meinung gegen die Eisenbahner mobil, und zwar mit den unlauteeren Mitteln. Die bürgerliche Presse beschließt eine Notiz, daß Deutschland infolge des Eisenbahnerstreiks nicht in der Lage wäre, das für den Militärtransport der Kriegsgefangenen nötige Eisenbahnmateriale rechtzeitig zu stellen. Dazu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Es geht war an die deutsche Regierung von französischer Seite überhört nach keine Aufforderung ergangen, Eisenbahnmateriale in bestimmter Zahl zu stellen. Erst Montag morgen haben die zuständigen Stellen ein Telegramm erhalten, das Einzelheiten über den benötigten Militärtransport angibt.“

Also die Regierung mußte sich wieder einmal selbst demontieren. Wor was mit's, der Joad ist erreicht, die Eisenbahner haben einen moralischen Dentsittel. Das sind die Waffen der Regierung in großen Wirtschaftskämpfen. Ist es zu verwundern, wenn die Arbeiter nicht das geringste Vertrauen zu dieser Regierung besitzen?

Essen, 12. Januar.

Heute nachmittag fand im Städtischen Saal eine Versammlung der freien Eisenbahner statt. Seitens eines Redners, der hervorhob, daß es sich nur um einen wirtschaftlichen Kampf und keinesfalls um politische Ziele handle, wurde die Bekanntmachung der Eisenbahndirektion verlesen, die unbefugte Einmischung in Betrieb und Verkehr der Eisenbahn verbietet, ferner sofortige Wiederaufnahme des Dienstes in allen Dienststellen verlangt und mit Entlassung droht, falls die Arbeit am 14. Januar nicht wieder aufgenommen ist. Diese Bekanntmachung wurde von der Versammlung mit 17 Stimmen beantwortet.

Seitens der Generalkonferenz Essen wurde als Programm aufgestellt: 1. Rückzahlung der neuen Bezüge ab 1. Oktober 1919. 2. Gewährung einer Wirtschaftsklasse. 3. Erhebung des gesamten Industriegebietes in die erste Wirtschaftsklasse. 4. Solidarität mit den Forderungen der Eisenbahnbeamten. 5. Aussperrungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Die überaus zahlreich versammelten erklärten sich einstimmig zu diesem Programm. Schließlich erklärte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, daß die Eisenbahnbeamten infolge Bewilligung ihrer Forderungen nicht mehr im Streik verharren, daß sie aber unter keinen Umständen den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen werden. Diese Erklärung wurde mit Beifall aufgenommen.

Daß wir Sabotageakte in jedem Falle verurteilen und in der Sabotage ein völlig ungeeignetes Mittel im Arbeitskämpfe erblicken, haben wir oft genug betont. In diesem Falle aber nehmen wir an, daß diese Meldung bewußt läßt und daß Berichte dieser Art nur den Zweck haben, dem Einreifen des Militärs in Westdeutschland einen Schein vor Verechthigung zu geben. Laufend Erfahrungen berechtigen auf dieser Vermutung. In jedem Falle, da die Militär-gewalt in die Arbeitskämpfe eingegriffen hat, wurden sofort allerlei Erzählungen über Untaten der Arbeiter in die Welt hinausgemeldet, die sich später regelmäßig als erlogen oder von Spitzeln verübt herausstellten.

Die Reaktion in Frankreich.

T. U. Genf, 12. Januar.

Wie der „Populaire“ mitteilt, hat die französische Regierung dem Direktor des „Quanti“, Serrati, der in Paris an einer sozialistischen Versammlung teilnehmen wollte, am der Gruppe den Eintritt nach Frankreich verweigert, obwohl die französische Visakhart in Rom keinen Vorbehalt hatte.

Die Regierung der französischen Republik scheint Wert darauf zu legen, sich durch ihre antisozialistischen Maßnahmen den Ruf einer der reaktionärsten Regierungen Europas zu bewahren, den sie sich in den letzten Jahren erworben hat. Das Einreiseverbot gegen den Genossen Serrati, der nicht nur Chefredakteur des „Quanti“, sondern auch Mitglied des italienischen Parlaments ist, ist ein internationaler Skandal, der noch dadurch verstärkt wird, daß die französische Visakhart in Rom den Vorbehalt Serrati verweigert hatte. Wenn die französische Regierung diese skandalöse Aussperrungs- und Repressivpolitik fortsetzt, wird sie das bismarckische Deutschland zur Zeit des Sozialengesetzes bald in den Schatten gestellt haben.

Rein formeller Bruch mit Amerika. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Deutschland formell mitgeteilt, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland unannehmbar sind.

Zur Abwehr!

Georg Ledebour veröffentlicht in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 9. Januar einen Artikel „Zur Abwehr der Januarerhebung“, in dem er mich so hart herausfordert, daß ich zur Antwort gezwungen bin. Ich habe die Ledeboursche Legendenbildung in der „Freiheit“ vom 5. d. M. ruhig hingenommen und mir eine objektive Darstellung der Januarereignisse für spätere Zeiten vorbehalten, wenn die Gefahren für die daran Beteiligten beseitigt sind.

Ledebour erklart in der „Januarbewegung“ 1918 die „hervorragendste revolutionäre Aktion“. Ich sah damals wie heute in diesem Putz ein Verbrechen an der Revolution. Ledebour verurteilt die „gegen den Willen der Führung“ emporgehenden einzelnen Putz und überläßt dabei, daß die ganze „Erhebung“ eben nur aus diesen zusammengeschlagenen einzelnen Putzen bestand.

Ledebour ist der Meinung, „daß nämlich die revolutionäre Arbeiterklasse Berlins gar nicht umhin konnte, den tödlichen Propagationen der rechtssozialistischen Regierung einen Widerstand entgegenzusetzen, der im Falle des Erfolges den Sturz dieser verräterischen Regierung hätte herbeiführen müssen“. Ich war damals wie heute der Meinung, daß man wohl den Sturz einer solchen Regierung anstreben kann, dies aber nicht möglich ist durch Putz, wie der vom Januar 1918, deren Führer Ledebour — er bezeichnet sich ja selbst als solcher — zwei Tage später an alle Regierungspartien antworten mußte, um mit dieser Regierung Verhandlungen zur Beilegung der revolutionären Erhebung aufzunehmen.

Meine Ansicht über die Januarereignisse hätte ich nicht in dieser Form der Öffentlichkeit unterbreitet, wenn nicht Ledebour unter Hinweis auf die Sitzung der revolutionären Obleute vom 5. Januar 1918 über meine Stellungnahme in dieser Sitzung folgendes geschrieben hätte:

„Während die anderen Opponenten in voller Lokalität gegenüber der revolutionären Körperschaft, der sie angehörten, sich dem Beschluß fügten und daher genau so gut ihre Haut zu Marke getragen haben wie wir anderen, erklärten Müller und Dümmig, daß sie jede Beteiligung an dem Kampf ablehnen und sich von der Bewegung zurückziehen.“ ... „Der der Ehre gewürdigt wird, in einer solchen Körperschaft mitzuwirken, dürfte sich nicht zurückziehen in der Stunde der höchsten Gefahr, auch wenn der Beschluß zur Aufnahme des Kampfes gegen ihn ergangen ist. Da müßte jeder revolutionäre Kämpfer seine Pflicht erfüllen an dem Werke, wozu die Organisation ihn gestellt hat. Sollte der einzelne dann sagen, er spiele nicht mehr mit, weil ihm der entscheidende Beschluß nicht paßt, dann verstoße das gegen die kämpferische Treue; so führe man keine Partei, so diene man vor allem keiner revolutionären Bewegung.“

Mit diesen Ausführungen wirft mir Georg Ledebour Freigabe vor. Einen solchen Vorwurf kann ich nicht ruhig hinnehmen, das werden unsere Parteigenossen verstehen. Ledebours Vorgehen erweist sich als beispiellos ungerechtfertigter Anwurf, denn er muß die Begründung meiner Haltung, die ich in der Sitzung der revolutionären Obleute vom 5. 1. 18 gab, noch im Gedächtnis haben. Er muß vor allem die fünf Fragen kennen, die ich in jener Sitzung an einige Genossen stellte; er muß weiter die Ausführungen der Redner kennen, die nach mir sprachen, und er muß weiter wissen, daß ich jetzt nicht in der Lage bin, meine sachlichen Ausführungen von damals der Öffentlichkeit mitzuteilen, da dadurch unter den heutigen Umständen eine Anzahl Genossen der Justiz ans Messer geliefert würden. Letzteres verbietet mir, und wohl auch dem Genossen Dümmig, die Ledeboursche Legendenbildung zu zerstören.

Ledebour weiß aus unserem gemeinsamen Zusammenarbeiten vor der Novemberrevolution, daß ich mein Leben aufs Spiel setzte, wenn es galt, die revolutionäre Entwicklung vorwärtszutreiben, und daß ich nicht wie andere in kritischen Momenten das schützende Dach des Reichstags aufsuchte. Ledebour darf aber nicht glauben, daß ich „meine Haut zu Marke trage“, wenn ein politischer — aus vollständiger Verleumdung der revolutionären Voraussetzungen oder aus Eitelkeit eine „revolutionäre Erhebung“ für Regen erodiert.

Ich überlasse unseren Parteigenossen das Urteil und werde auf weitere Ledeboursche Anpassungen nicht antworten. Rich. Müller.

„Justav muß bleiben!“

Als vor etwa zwei Wochen jene Bezirkskonferenz der S. P. D. Groß-Berlin stattfand, die trotz der Schmach des Reichstags-Prozesses ihrem Koske ein Vertrauensvotum ausstreckte, mußten wir an diesen Vorgang einige Betrachtungen über den Tiefstand der rechtssozialistischen Parteiorganisation, die sich noch immer mit dem System Koske soldatisch erklärte. Aus dem Besonderen der „Marsch“, das Organ der Parteizentrale für Einigung, einige Eingestanden darüber, wie dieses Vertrauensvotum für Koske zustande gebracht wurde. Es erweist sich, daß die Koske auch diesmal in den bewährten Händen des Leiters der Bezirksorganisation Groß-Berlin, Herrn Franz Krüger, lag, der als Bureauchef des Reichspräsidenten Obert die nötige Verbindung besitzt, die rechtssozialistische Parteiorganisation in den Dienst der regierenden Clique zu stellen.

Es ist recht interessant, wie dieser Herr die erwähnte Konferenz vorbereitet hatte. Zur Konferenz der Funktionäre (erstes Vertrauensvotum) und zur „Agitationskonferenz“ (zweites Vertrauensvotum) wurde nur persönlich eingeladen, also nicht auf dem sonst üblichen Wege. Dabei wurde gesagt: Funktionäre, die als Gegner Koskes bekannt sind, erhielten keine Einladung. Offenbar um zu verhindern, daß sie unter der Hand erfahren, was geplant war, wurde das in der Einladung verschwiegen; als Gegenstand der Verhandlung war ein Referat von Dr. David angegeben. Dieser erschien gar nicht, sondern an seiner Stelle erschienen Koske und Schöpslin. Das Vertrauensvotum einer so unzulänglichsten Versammlung wurde dann als einmütiges Votum der Funktionäre Groß-Berlin ausposaunt!

Trotz der Kunststücke des Regisseurs Franz Krüger war auf der zweiten Konferenz dennoch eine starke Opposition vertreten. Im Bericht des „Vorwärts“ über die Konferenz war allerdings einiges gesagt über einen oppositionellen Versuch, aber der Bericht verschwiegen, wie diese Opposition erdrückt worden ist. Sie war sehr hart, und es gab stundenlange Debatten, in denen Franz Krüger alles aufbot, um wenigstens den Schein eines Vertrauensvotums der Organisation Groß-Berlin für Koske zu retten. Nachdem schon der größte Teil der — an sich kleinen — Versammlung diese verlassen hatte, ging schließlich auch der Rest der Opposition hinaus, und eine Handvoll Vertrauensleute nahm das Vertrauensvotum an.

Man muß Herrn Hans Leuß, der diese Tatsachen in der „Welt am Sonntag“ widerlegt, Recht geben, wenn er erklärt, die ganze Sache beweise, daß ein Vertrauensvotum für Koske selbst in der Berliner Parteiorganisation der Rechtssozialisten nicht zu haben ist, und daß man es nur durch solche eine Siebung und Schiebung vortäuschen kann, wie sie auch diesmal von den regierenden Parteibureauchefs und ihrem „Vorwärts“ übernommen wurde.

Herr Leuß glaubt aus der Enthüllung dieser Vorgeschichte des „Vertrauensvotums“ den Schluß ziehen zu können, daß die Demokratie in der S. P. D. Groß-Berlins zwar von den Fun-

Parteigenossen!

Werdet Mitglieder der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Sie ist der geschäftliche Unterbau unserer Zeitung. Sie ist nach sozialistischen Grundsätzen aufgebaut, ist praktischer Sozialismus.

Wer seine sozialistische Pflicht erfüllen will, wer erkannt hat, eine wie ungeheure wichtige Waffe im politischen Kampfe die Presse ist, der helfe mit, sie zu stärken, sie über die jetzigen schmerzlichen Verhältnisse hinwegzubringen. Deshalb

werdet Mitglieder der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“. Zeichnet Anteile.

sten eines Mängels gefährt, aber doch nicht so außer Acht gesetzt werden könne, daß ein paar launisch funktionäre dauernd gegen den Willen der Massen Koske mit Vertrauen bedenken dürfen. Der Optimismus des Herrn Leuß erscheint uns etwas übertrieben. Solange sich die Parteimitgliedschaft und die Funktionäre der S. P. D. dauernd gefallen lassen, daß eine Clique von Beamten, eine Politik betreibt, die ihren Willen in das Gegenteil umschlägt; solange sie es selbst ruhig mit ansehen, daß die angebliche „Demokratie“ der S. P. D. in Wirklichkeit in die schlimmste Diktatur ausgeartet ist, dürfen sie sich nicht wundern, daß sie für alle Sünden dieser Clique, für alle Verbrechen dieser Diktatur mit verantwortlich gemacht werden.

Ueberfall deutschnationaler Studenten auf Professor Nicolai.

Das wird geschrieben: Eine Einzelkämpferin, wie sie in der Geschichte der deutschen Universitäten noch nicht vorgekommen ist, ergriffene sich gestern Abend in der Berliner Universität. Der bekannte Biologe und Mediziner, Professor Nicolai, der in den letzten Kriegsjahren durch seine mutvolle Gegnerschaft gegen die deutsche Kriegsführung von den Behörden disqualifiziert und sich den mühsamen Dasein aller nationalgefeindlichen Angelegenheiten hatte, hatte sein Kolleg über „Gehirne und Seele“ auf 8 Uhr abends angelehrt. Die nationalen Studentenclique organisierten nun für gestern Abend einen Gewaltstreik. Der Streik war schon vorher sichtbar geworden und es waren viele unserer studentischen Genossen erschienen, um Professor Nicolai zu schützen. Um 8 Uhr drang eine Horde deutschnationaler Studenten in den Raum ein, darunter viele mit Dolchen usw. bewaffnete Offiziere. Als Professor Nicolai eintrat, forderte ihn ein Deutscher in unterschämtem Ton auf, sich zu verteidigen; er sei ein Deutscher und nicht wert, ihr Lehrer zu sein. Notgedrungen mußte Nicolai sprechen. Bei jedem dritten Wort wurde er von den deutschnationalen Piegeln unterbrochen. Rufe: Lump, Verräter, Schurke, elender Feigling erdrückten. Die Szene wurde immer heftiger, wüthender Gelächter, Sirenenklänge und Teilerpfeifen unterbrachen den Dozenten. Schließlich trat Genosse Wachenheimer vor und bat den Bescholten, dieser unwürdigen Szene ein Ende zu machen und sich nicht weiter vor diesen Leuten zu verantworten.

Professor Nicolai seufzte man die Professeur auf, den Saal zu verlassen. Man ist es nicht. Wieder traten Redner auf. Schließlich forderte der Leiter des unehelichen Spottakts alle „Deutschgefeindten“ auf, den Saal zu verlassen. Nun erhob sich stürmischer Beifall für den Positiven. Aber wer dachte, die Vorlesung könne ungestört weitergehen, irrte sich. Als die studentischen Terroristen sahen, daß sie einen ungeheuren Reinfall erlebt hatten, rissen sie alle Türen auf und stolzierten auf dem Wandelgang „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“. Nicolai forderte nochmals auf, auseinanderzugehen. Man sang weiter. Das Kolleg mußte abgelehrt werden.

Der Leiter dieses unehelichen Bruches der Ruhe und Vernunft ist, wie wir erfahren, der Fliegerlieutenant von Sturkardt. Auch der Vorsitzende des berüchtigten „Hochschulrings Deutscher Art“, der Student de la Chevallerie wurde unter den Professoreln gesehen.

Wir sind gespannt, was Rektor und Senat der Universität gegen diese uneheliche Anmaßung eines Unrechtsbehörden unternommen werden. Mit der geistigen Freiheit in Deutschland ist es weit gekommen, wenn dergleichen Dinge möglich sind.

Der Ferkland-Prozess in Halle.

In dem Prozess gegen unseren Genossen Ferkland, der nun bereits eine Woche dauert, wurden in den letzten Tagen besonders Belastungszeugen, die größtenteils aus dem Kilian-Prozess bekannten Epipel Klaus, Ronger und Hartung benannt. Der Führer der Matrosenkompanie Henne beauftragte, daß er und nicht Ferkland zur Gründung der Matrosenkompanie geraten habe. Nach der politischen Organisation sei bei der Aufnahme der einzelnen Leute nicht gefragt worden. Der Epipel Hartung sei ein Fehler schlimmerer Sorte gewesen, der in Leipzig wie in Halle nur zu Russen aufgefördert habe. Eine Reihe von Zeugen behaupteten die Aussagen Henne. Darauf wurde der im Kilian-Prozess verhaftete Bruder des Angeklagten, Hans Ferkland, von zwei bis an die Zähne bewaffneten Soldaten vorgeführt, verweigerte aber jede Aussage.

Dann trat der bekannte Lokspiegel Hartung auf mit derselben frohen Miene wie im Kilian-Prozess. Man brauchte eine geraume Zeit, bis man diesen „Grenmann“ über sein bewegtes Hochalplerleben aufgefragt hatte. Dabei sang man von vorn herein deutlich beobachtet, wie vom Gerichtssaal aus Hartung in jeder Weise in Schutz genommen wird. Hartung behauptete, daß er von Ferkland im Auftrag bekommen habe, mit 8 Matrosen bewaffnete Hilfe aus Leipzig zu holen. Ferkland habe ihm persönlich die Fahrtscheine gegeben. Auch habe Ferkland beauftragt, eine mitteldeutsche Matrosenpublik zu errichten. Zu diesem Zwecke habe er auch im Auftrag Ferklands den russischen Kommunisten Schlegelstein, einen Beauftragten Nebels, von Leipzig nach Halle geschickt. Die „Sozial-Zeitung“ habe er ebenfalls auf Weisung Ferklands besetzt und die bürgerlichen Flugblätter verbrannt. — Ferkland: Ich habe Hartung am 7. Januar anlässlich der Besetzung der „Sozial-Zeitung“ zum ersten Male gesehen und alle übrigen Angaben Hartungs sind völlig unwahr. Trotzdem wurde Hartung, den das Gericht als Hauptbelastungszeugen ansieht, noch einen ganzen Tag über alle Ereignisse während der Revolutionsmonate in Halle ausführlich befragt. Hartung schickerte ausführlich, wie Ferkland angeordnet habe, daß Regierungstruppen entworfen würden. Dann berichtete er stundenlang alle möglichen Dinge, ohne vom Vorsitzenden unterbrochen zu werden.

Die Hochwasserkatastrophe.

Aus Marburg an der Bahn wird gemeldet, daß das Hochwasser der Bahn zu einer Katastrophe zu werden droht. Das Wasser hat bereits den Stand des Unglücksjahres von 1841 erreicht. Das Wasser stellt mit, daß kein Gas mehr abgeben werden kann. Die Keller in den Landorten sind überflutet, so daß die Kartoffelkulturen zum Teil vernichtet sein dürfte. In den niedriger gelegenen Stadtteilen Marburgs und den meisten umliegenden Ortschaften ist der Verkehr meist nur noch mit Mühen aufrecht zu erhalten. Das Vieh konnte teilweise nicht gerettet werden.

Auch aus dem Schwarzwald kommen erneut Hochwasser-meldungen. Der orkanartige Sturm hat die telephonischen Verbindungen größtenteils unterbrochen.

In Homburg vor der Höhe ging in der Sonntag Nacht unter heftigem Sturm ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der Hochwasser zur Folge hatte. Das Wasser richtete großen Schaden an. Das Vieh, das mancherorts bis an den Bauch im Wasser stand, konnte nur mit Mühe gerettet werden. Am Homburger Bahnhof drangen die Wassermassen in die Unterführung zu den Bahnsteigen ein und überfluteten auch die Bahrlarvenschalter. Auch aus den umliegenden Ortschaften werden Heberschwemmungen gemeldet. Die Wähe im Taunus führen heute noch große Wassermassen zu Tal.

Unruhen in Hamburg.

Die „Oberhausener Zeitung“ meldet: In Hamburg kam es gestern nachmittag zu großen Plünderungen. Die Plünderer stürzten das Rathaus, bemächtigten sich der Kassen, warfen die Aktien auf die Straße und räumten dann die Geschäfte der Jägerstraße aus. Die Unruhen dehnten sich später auf Marxloh und Bruckhausen aus. Zwischen den Plünderern und der Polizei kam es zum Feuergefecht. Am Abend war die Ordnung noch nicht wiederhergestellt.

Die polnische Reaktion an der Arbeit.

Wien, 12. Januar.

Nach einem Funkpruch aus Warschau berief die polnische Regierung eine Konferenz der Vertreter aller Randstaaten ein, welche eine gemeinsame Verteidigung gegen den Bolschewismus organisieren soll. Für die große Hälfte des Monats erwartet man die Ankunft der litauischen, estnischen, finnischen, ukrainischen und kaukasischen Vertreter in Warschau. Man rechnet auch auf die Teilnahme Rumaniens, das infolge ständigen Rückzuges Denikins durch den Bolschewismus sehr gefährdet sei.

Die Entente-Vertreter in Deutschland. In Geschäftsträgern in Berlin wurden ernannt: Seitens Englands Lord Kilmanoch; seitens Frankreichs Herr de Marcilly, früher Generalkonsul in Genoa; seitens Italiens Graf Aldrovandi di Parescotti. Die Verhandlungsdokumente sind bereits in Berlin eingegangen. Die deutschen Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt; doch ist ihre Ernennung in Kürze zu erwarten.

FRAUEN
lesen nur die
FREIE WELT
Wöchentlich ein Heft
30 PFENNIG

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 6 Uhr: Götze von Berlichingen

Opernhaus 7 Uhr: Madame Butterfly

Schauspielhaus 6 Uhr: Peer Gynt

Deutsches Theater 7 Uhr: Und das Licht schielte in der Finsternis

Kammerspiele 7 Uhr: Advent

Großes Schauspielhaus Karlestraße 7 Uhr: Orestie

Lessing-Theater 7 Uhr: Pygmalion

Deutsch. Kunst-Theater Allabendlich 7 Uhr: Cyprienne

Residenz-Theater Täglich 8 Uhr: Evchen Humbracht

Trionon-Theater Täglich 8 Uhr: Maskerade

Casino-Theater Lothinger Str. 27. Täglich 8 Uhr: Der Schläger der Spielzeit

Schniepiels Lene Berliner Volksstück in 3 Akte

Neues Operettenhaus Direktor: Jean Kraus

Die kleine Hoheit Rose-Theater 7 Uhr: Die im Schatten leben

Apollo-Theater Friedrichstr. 218. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Unüberwindliches Variété-Programm

Theater am Kotbuser Tor Tel.: Moritzplatz 1614

Circus Busch 7, Gr. Circus-Progr. I u. a. Burgo-C. Co.

Schaubühne Moritzplatz früher Burgschloß

Lachen in Permannenz! Der große Lachschräger: Mayer

mit dem Hängeboden Paul Bendix

und 10 erste Variété-Attrakt.

Anfang 7 Uhr

Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr Varietévorstellung

Walhalla-Theater 7 1/2 Uhr: Die Csurjusfürstin.

Artus-Hof Perleberger Str. 26. Dienstags - Donnerstags: Esther Carena in Der Schrei des Gewissens.

Dazu: Paul Heidemann in dem fiktiven Lustspiel: Los vom Weibe.

Achtung! Transportarbeiter - Funktionäre! Donnerstag, den 15. Januar, abds. 6 Uhr, bei Heinrich, Gr. Feinburger Straße

Platinazähne unter 8,00 Mk. Alte Gebisse, Goldsachen, Silbersachen.

Platina kauft Frau Knuth, Zienskirchstraße 54, vorn II

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden C. Weissert, Invalidenstr. 147

+ Haut-, Horn-, Geschlechts- + Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren

Zähne mit echtem Friedensschutz von 4 Mark an. Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55

Vereinigung der Rechtsfreunde Berlin N 24, Friedrichstraße 127.

Isolierte Kupferleitungen Sauer, W35, Schöneberger Ufer 33

Spezial-Behandlung v. Geschlechts-, Ha- u. Horn-, Frauenleiden, spez. vererbte, hereditäre Nervenleiden.

Meine großen Möbel-Läger mit Speisestimmern, Herrenstimmern, Schlafstimmern.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden.

Politische Couplets

Lieder und Gesangsstücke Theaterstücke Reich. Lipinski, Leipzig

Perleberger Str. 26. Dir. C. Reich.

Esther Carena in Der Schrei des Gewissens.

Paul Heidemann in dem fiktiven Lustspiel: Los vom Weibe.

Platinazähne unter 8,00 Mk.

Platina kauft Frau Knuth

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden

+ Haut-, Horn-, Geschlechts- + Unterleibsleiden

Zähne mit echtem Friedensschutz

Vereinigung der Rechtsfreunde

Isolierte Kupferleitungen

Spezial-Behandlung v. Geschlechts-, Ha- u. Horn-, Frauenleiden

Meine großen Möbel-Läger

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden

Revolutionäre Hands und Kopfarbeiter Die Tribüne Herausgeber: Karl Schneidt

Straßenhändler! FREIE WELT 2 gelangt heute nachmittag zur Ausgabe Expedition: Breite Straße 8-9

Offene Stellen Bureaureinigungsfrauen

intelligente Mädchen gute Stenotypistin

Botenfrauen stellt ein

Platin! Linke! Platin! Platina zähne nicht unter 8,- Mark

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Platin Gramm 140.- M. (nicht bis)

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Platin Gramm 140.- M. (nicht bis)

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Platin Gramm 140.- M. (nicht bis)

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Platin Gramm 140.- M. (nicht bis)

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Platin Gramm 140.- M. (nicht bis)

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Platin Gramm 140.- M. (nicht bis)

Alte Gebisse! Kein gewöhnlicher Platinzahn unter 8.50 M.

Werkzeuge und Maschinen Spiralböhler, aus Schneid- und Werkzeugstahl...

Handschuhe Gardinen (Friedensware) Fenster von M. 25 an...

Gold Flak (Wils 10er Packg.) eingetroffen zweifach greifbar Hopp, Alexanderstr. 71 II

Möbel Möbel infolge günstigen Einkaufs... S. Blumenau & Sohn

Stemplerinnen geübte, verlangen sofort Gebärd. Borchardt

Die Reaktion im Zellower Kreistag.

Das sogenannte Parlament des Kreises Zellow findet in der Öffentlichkeit leider nur ein schwaches Interesse, weil seine Verhandlungen in der Hauptsache nur nächtliche Fragen der inneren Verwaltung betreffen. Dennoch verdient die Verhandlung des Kreistages eine größere Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft, insbesondere unserer Presse, da hier drastisch zum Ausdruck kommt, wie stark in der inneren Verwaltung noch der alte reaktionäre Geist herrscht, und wie einflusslos dies Parlament in unserem Zeitalter der „Demokratie“ ist.

Dieses Scheinparlament ist im Grunde genommen nur eine Bewilligungsmaschine, die nur auf Gehalt des Herrn Landrats in Bewegung gesetzt wird. Der Herr Landrat schaltet hier nach seinem Willen. Von ihm hängt die Enderfassung dieses „Parlamentes“ ab, er bestimmt in der Hauptsache die Tagesordnung, er erlaubt sich sogar, Rednern Beszuren zu erteilen und zu jeder Zeit das Wort zu ergreifen.

Doch trotz der Revolution berartige Zustände möglich sind, ist vor allem Schuld der stärksten Fraktion, der der Rechtssozialistischen Partei. Statt gemeinsam mit der U.S.P.-Fraktion für die wahre Demokratie, als deren Wortführer sie sich so gern aufspielen, zu kämpfen, sind sie eine feste Koalition mit den Bürgerlichen bis zu den Exreaktionären eingegangen. Bei den Wahlen der Amtsdorfschreiber im Oktober haben sie sich mit dem gesamten Bürgertum verbündet und zugunsten bürgerlicher Kandidaten die Wahl von Unabhängigen verhindert. Und jetzt haben sie sogar die Initiativen zu reaktionären Maßnahmen ergriffen. In der letzten Sitzung des Kreistages beantragten die bürgerlichen Parteien, der Zentralstelle der Arbeiterräte des Kreises die finanzielle Mittel zu entziehen. Die U.S.P.-Fraktion beantragte, als Ersatz für die Zentralstelle eine Beschwerdestelle aus Vertretern aller Parteien zu bilden, die lediglich der Entgegennahme von Beschwerden und Auskunfterteilung dienen soll. Das Kontrollrecht, das bisher die Zentralstelle der Arbeiterräte hatte, soll dieser und der künftige Beschwerdestelle ausdrücklich vorenthalten werden. Herr B. der Führer der U.S.P.-Fraktion, begründete den Antrag damit, sie „als Demokraten“ könnten es nicht zulassen, daß eine Klasse das Kontrollrecht ausübe. Seine Rede enthielt das wichtige Eingeständnis, daß sie Demokraten (also nicht mehr Sozialdemokraten) seien. Genosse Peters, der den Standpunkt unserer Fraktion vertrat, wandte sich gegen sämtliche Anträge. Er legte in längerer Rede unsere grundsätzliche Auffassung zu den Arbeiterräten dar und beleuchtete die Nachbegründung der „Parlamentes“, die nicht einmal Beamte entlassen dürfen. Besonders scharf kritisierte er das Verhalten der U.S.P.-Fraktion, die hier in dieser Frage den Reaktionen mehr entgegenkommen zeige, als diese selbst verlangten. Bei der Abstimmung entfielen auf den Antrag der bürgerlichen Parteien zuerst 30 Stimmen, gegen ihn erhoben sich 34. Die Abstimmung wurde mit Erfolg angezweifelt, da tatsächlich nur 39 Abgeordnete anwesend waren. Die nochmalige Abstimmung ergab nur 34 Stimmen für und 34 Stimmen gegen den Antrag. Die Rechte hatte also bei der ersten Abstimmung gemogelt. Obgleich nun der Anschlag der bürgerlichen gegen die Zentralstelle der Arbeiterräte abgeblasen war, hielt die U.S.P. ihren Antrag auf Wesseligung des Kreis-Arbeiterrats ausdrücklich aufrecht. Für ihn stimmten sämtliche bürgerlichen und nur ein kleiner Teil der U.S.P.-Fraktion. Ein Teil ihrer eigenen Parteigenossen stimmte nicht für den Antrag.

Unmittelbar danach lieferte der Rechtssozialist Meyer eine treffliche Illustration zu der von den Rechtssozialisten vorher so laut gepriesenen Demokratie. Er beschwerte sich, daß die im Oktober gewählten Amtsdorfschreiber noch nicht beschäftigt seien. Er vermutete, daß hier eine Sabotage von Regierungsbeamten vorliege. Scharfsinnig antwortete der Landrat, daß es ja doch gerade seine, des Interpellanten, Regierung sei, die hier eine eingehende Prüfung der von den Parlamenten Gewählten offenbar für notwendig erachte und die sich das Bestätigungsrecht der vom Parlament vorgenommenen Wahlen vorbehalten habe. So endete dies Demagogentumstück.

zur angeblichen Rettung der demokratischen Rechte mit einer niederschmetternden Blamage der Rechtssozialisten.
Zum Schluß protestierten die Fraktionen der U.S.P., S.P.D. und Demokraten gegen die eigenmächtige Herausgabe einer Denkschrift, die gegen die Schaffung der Groß-Berliner Einheitsgemeinde Stimmung macht.

Gewerkschaftliches.

Eine Unternehmer-Schamlosigkeit.

Uns wird geschrieben:
Die unerschämtesten Steigerungen der Preise aller Lebensbedürfnisse sind von den Unternehmern jetzt vielfach motiviert mit dem angeblich so enorm gestiegenen Gehalt und Lohn in der beschriebenen Branche. Dabei blieben die Lohn- und Gehaltssteigerungen weit zurück hinter den Preiserhöhungen, ja, es gibt Fälle, in denen die Unternehmer nur sehr geringe oder überhaupt keine Gehalts- und Lohnsteigerungen gewährten, trotzdem sie die exorbitantesten Preiserhöhungen ihrer Konkurrenz gegenüber mit solchen zu rechtfertigen suchen. Das trifft in besonderem Maße für den Buchhandel zu. Wer sich jetzt in Berlin in einer bürgerlichen Buchhandlung ein Buch kauft, der muß einen Teuerungszuschlag von 20 Prozent zahlen. Ihm wird dabei folgender gedruckter Zettel in die Hand gedrückt:

Ansichts der fortgesetzt erheblichen Steigerung aller Geschäftskosten, insbesondere aber angesichts der seit Mai 1919 erfolgten Erhöhung der Gehälter und Löhne um durchschnittlich 200 Proz., sehen sich die Sortimentbuchhändler Groß-Berlins gezwungen, vom November 1919 ab einen Teuerungszuschlag von 20 Proz. auf alle Verläufe zu erheben. Bei Schulbüchern beträgt der Teuerungszuschlag 10 Proz.

Der Vorstand des Berliner Sortimentervereins.
Frägt man nun in einer Buchhandlung, besonders in einer kleinen, in der wenig Personal beschäftigt ist, nach der angeblichen Gehaltssteigerung von 200 Prozent, so erhält man zur Antwort, daß dem Personal davon nichts bekannt ist. Weist man nun auf beschriebene Gehaltserhöhungen, so wird vielfach überhaupt keine, trotzdem die Unternehmer Mitglieder des Berliner Sortimentervereins sind. Wegen solcher schamlosen Unternehmerpraktiken muß auch das Bücher lesende Publikum energisch Stellung nehmen, wenn die Angestelltenorganisation zu Stande ist, Schritte zu schaffen. Um dazu anzuregen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Lohnerhöhungen in der Malabasterbranche.

Als Teuerung veranlaßte die Kollegen, Drechsler, Schleifer, Bandlängenschneider, Arbeiter und Arbeiterinnen, der Malabasterbranche an die vereinigten Unternehmer der Branche folgende Forderungen zu stellen: Erhöhung des Lohnes der männlichen Kollegen pro Stunde 1 M., der weiblichen Kollegen pro Stunde 75 Pf., der jugendlichen Kollegen unter 18 Jahre pro Stunde 50 Pf. Diese Forderungen wurden den Arbeitgebern am Montag, den 6. Januar, gestellt. Am 8. Januar fanden Verhandlungen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Statt 4 bzw. 3,85 Stundenlohn werden 6 M., statt 3,50 bzw. 3,35 werden 4,50 M., statt 3 werden 4 M., statt 2,25 bzw. 2 werden 2,75 M. gezahlt. Angelernte Arbeiter erhalten in den ersten 4 Wochen pro Stunde 3 M., in den zweiten 4 Wochen 3,50 M., in den dritten 4 Wochen 4 M. Nach dieser Zeit entscheidet die Lohnkommission, ob der betreffende als vollwertiger Arbeiter zu entlohnen ist. Das Resultat dieses Vertrages ist also, daß die Arbeiter ihre Forderungen vollständig durchgesetzt haben.

Die Arbeiter des Eisenhandels und der Glas-Engros-Branche fordern Teuerungszulagen.

Die am Freitag, den 9. Januar stattgehobte, von 1200 Kollegen besuchte Branchensammlung des Eisen- und Glas-Engros-handels war neben der Abrechnung der freiwilligen Sammlungen für die Opfer des Streiks im Eisenhandel vor allem der Besprechung der gegenwärtigen Teuerung gewidmet. Rostschmidt vom D. V. ging auf die Ursachen und Wirkungen des neuen Preisauftriebes aller Lebensnotwendigkeiten in längerer Ausführungen ein. Er teilte dann mit, daß er, unter Anlehnung an

den Beschluß der Gewerkschaftskommission, dessen Satz er als zu niedrig bezeichnete, an die in Frage kommenden Arbeitgeberverbände bereits am Montag eine Forderung auf eine 50-prozentige Teuerungszulage eingereicht habe. Ebenfalls seien diese Forderungen an die einzelnen Arbeitgeber, die nicht Mitglieder der Arbeitgeberverbände sind, eingereicht worden. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für das Vorgehen der Branchenleitung aus und wurde einstimmig beschlossen, die Forderung mit aller Kraft zu vertreten. Nachdem Schattschneider in längerer Ausführungen die Notwendigkeit der Erhöhung der Verbandsbeiträge begründet hatte, stimmte die Versammlung mit allen gegen zwei bis drei Stimmen der Erhöhung zu.

Beginn der Tarifverhandlungen im Versicherungswesen.

Die Tarifverhandlungen im Versicherungswesen haben heute mittwoch ihren Anfang genommen. Vom Zentralverband der Angestellten, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände waren größere Abordnungen erschienen, denen auch Vertreterinnen der weiblichen Angestellten beigegeben waren. Die Besprechung beschränkte sich auf die Erledigung einer Anzahl technischer Vorfragen. Vom Arbeitgeberverband wie von den einzelnen Arbeitnehmernorganisationen wurde je ein Vorstehender und je zwei stellvertretende Vorgesetzte gewählt. Es wurde eine Verständigung darüber erzielt, daß die Beratungen am Donnerstag, den 15. d. M., donnerstags 10 Uhr, fortgesetzt werden sollen.

Achtung! Versicherung!

Bureauleiter und Boten, Vorkehrer, Kraftfahrzeugführer und Wächter aus den Versicherungsgesellschaften. Mittwoch den 14. Januar d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Rulmbacher“, Breite Str. 22, wichtige Versammlung zwecks Aussprache über die von uns zu stellenden Forderungen. Mitgliedsbuch mitbringen. Die Angestellten-Ausschüsse werden ersucht, die Obigen namentlich auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Zentralverband der Maser, Jährlinge Berlin. Die Kollegen treffen sich Dienstag, mittags 1 Uhr, am Kupfergraben, Endstation der N-Bahn. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion V Metall-Industrie. Bezirk: Ober-, Nieder-Schöneweide, Johannisdorf, Baumshulenberg, Mittwoch, den 14. Januar d. J., 8 Uhr, im Lokal von Hamp, Wilhelmstr. 43: Bezirks-Vertrauensmännerversammlung.

Löhner und Ofenfecker. Bei der Wahl zum Bezirksvorstand ist zu beachten, daß Kandidat der Opposition für den 2. Vorsitzenden der Kollege Karl Demis ist.

Groß-Berlin.

Am Groß-Berlin.

Der Ausschuß der preussischen Landesversammlung zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs zur Schaffung eines Groß-Berlins nahm gestern seine Arbeiten an und trat nach einem kurzen Referat in die Generaldiskussion ein, die auch abgeschlossen wurde, um heute, Dienstag, mit der Spezialberatung zu beginnen.

Von den Reichsparteien wurde das in großem Umfange von der Regierung beigebrachte Material noch nicht für zureichend gehalten, und es wurde die Vorlegung weiteren Materials beantragt, obwohl manches Esforderte für die Erledigung der Materie unerheblich, aber doch geeignet ist, die Beratungen zu verschleppen. In einer Reihe von Fällen will und kann die Regierung diesen Wünschen sofort nachkommen, in anderen Fällen lehnte die Mehrheit des Ausschusses die Anträge ab und beschloß, am heutigen Dienstag die Beratungen fortzusetzen.

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.
Aus dem Russisch übertragen von Hermine Jützel.

III.
Jemandem im ungeheuren Chaos erscholl Husten. Dann, nach Jahrhunderten, kam aus grenzenloser Dürre die geheimnisvolle Erinnerung an ein Ringen gegen drohende Gefahr. Nach ertönen unbegreiflichen Bekätigungen sackte das Bewußtseinsklüftlein, welches sich Jimmie Higgins nannte, wieder auf, und Jimmie erkannte, daß er es sei, der verzweifelt gegen das Erwidrigwerden kämpfte. Er erkannte auch, daß sein ganzes Sein zu einem einzigen furchtbaren Schmerz geworden war; jemand hatte einen Nagel durch seinen Arm geschlagen, und ihn damit am Erdboden befestigt, auch seinen Bauch hatte man aufgedrückt, so daß er zu plohen drohte und jeder Atemzug eine Qual war. Er stöhnte um Hilfe, doch beachtete ihn niemand; er war verlassen, vergessen, lebend im Kerker der Welt.

Unwählich aus dem Nebelreich der Anstöße zurückkehrend, erkannte er, daß er auf einer Wadre getrogen wurde. Er winnerte nach Wasser, doch bekam er keines. Er stöhnte, etwas sei in seinem Bauch in Unordnung geraten, er werde plohen, worauf ihm erklärt wurde, dies sei Was, er solle sich keine Sorgen machen, es werde bald alles wieder gut sein. Er ward in ein Bett gelegt, das zwischen diesen anderen Betten stand, und den Dämonen überlassen. Dies war der Krieg; ein Mann, der bloß einen gerissenen Arm hatte, konnte sich glücklich preisen.

Einen Tag und eine Nacht lag Jimmie in seinem Bett, bestrebt, der bösen Lage die beste Seite abzugewinnen. Zwei Pflegerinnen bedienten dieses Bett, und Jimmie, der Zeit genug hatte, sie zu beobachten, näherte in seinem Innern einen wütenden Haß gegen sie. Die eine war mager, schlief und blief, sie erfüllte ihre Pflichten mit grimmigem Ausdruck, und Jimmie bemerkte nicht, daß sie vor Ermüdung am Zusammenbrechen war. Die andere hübsch, mit lockigem, blondem Haar, flirtete schamlos mit einem der jungen Kerle. Vielleicht hätte Jimmie bedenken müssen, daß es jetzt, da so viele Männer im Lamen, not tat, es um die Beugung stiftiger Generationen zu sorgen,

doch war er nicht in der Stimmung, sich mit der Philosophie des Plutis zu befassen; — er dachte an die Honourable Beatrice Clendenning und sehnte sich nach England zurück. Auch seine passivistischen Ueberzeugungen fielen ihm ein, und er wünschte, er hätte sich diesem häßlichen Krieg ferngehalten!

Als seine Schmerzen nachließen, wurde er abermals in ein Automobil geladen und landeinwärts, in ein großes Spital, geköpft. Nun konnte er bereits aufrecht sitzen, ward in die Sonne hinausgebracht und entdeckte das wundervolle Bild der Gegend — den sabelhaften, stets regen Appell, die köstlichen Dinge, die er zu essen und trinken konnte, die Freude beim Anblick der Bäume und Blumen, beim Anhören des Vogelgesangs, das Vergnügen, anderen zu erzählen, wie er die „Batterie Numéro Cinq“ besucht habe (was zum Teufel bedeuteten diese Worte eigentlich), auf eine Sommerarmee gestoßen sei, sie eiliche Stunden aufgehoben und die Schlacht von Chateau Thierry ganz allein gewonnen habe!

IV.

Einer der ersten, mit denen Jimmie zusammentam, war Dacey Granitch; dieser zog ihn in eine Parkette und fragte: „Haben Sie niemandem etwas gesagt?“

„Nein, Herr Granitch.“

„Ich heiße Peterfon.“

„Ja, Herr Peterfon.“

Eine seltsame Kameradschaft entspann sich zwischen diesen beiden, die von den entgegengesetzten Polen sozialen Lebens stammten und durch die Demokratie des Lebens zusammengeführt worden waren. Der junge Lord von Reesville lag im Staub und Jimmie hätte über ihn hinwegschreiten können; merkwürdigerweise jedoch empfand Jimmie ihm gegenüber eine gewisse schüchternen Demut. Sollte er ihn doch an eine grausame furchtbare Sache verurteilt; außerdem vermochte Jimmie trotz aller revolutionären Gesinnung dennoch nie zu vergessen, daß er mit einem der Herren der Welt spräche. Wohl konnte man aus ganzer Seele das Prestige und die Macht hassen, die eine Begleiterkennung der Granitch-Millionen waren, doch vermochte man ihnen gegenüber nicht unberührt zu bleiben, sich in ihrer Gegenwart nicht behaglich zu fühlen.

Was Dacey anlangte, so war er nicht mehr der stolze, freie, reiche, junge Aristokrat, er hatte viel gelitten und Achtung vor seinen Männenken — seien sie nun reich oder

arm — gelernt. Er ersah, wie dieser keine sozialistische Maschinenist, den er einst inmitten einer Horde Streifer beschimpft hatte, in den Klauen des Todes gedrungen war und geholtten hatte, das Ungeheuer sehnenogeln. Er wollte ihn näher kennen lernen, und die beiden verbrachten manchen Stunden im Gespräch miteinander, jeder eine neue Welt entdeckend.

Ganz Europa und Amerika befaßten sich jetzt eifrig mit dem Problem des Bolschewiki; hatten diese tatsächlich die Demokratie an die Queman verraten, oder böhnten sie, wie sie selbst verkündeten, der Menschheit den Weg zu einer neueren, größeren Demokratie? Dacey glaubte natürlich das erstere, dies taten in der amerikanischen Armee alle, mit Ausnahme eilicher wackelnder Radikalen. Als Dacey entdeckte, daß auch Jimmie zu diesen Radikalen gehöre, begann er ihn auszufragen, und einige Tage tobte zwischen ihnen ein wilder Kampf. Wie konnten Männer handeln, wie Lenin und Trotsky gehandelt hatten, wenn sie nicht bestochene deutsche Agenten sind? Jimmie erklärte die Theorie des Internationalsimus: die Bolschewiki machten Propaganda in Deutschland, töteten mehr, um die Mäde des Kaisers zu brechen, als die alliierten Heere. Woher Jimmie dies wisse? Er mußte zugeben, daß er für diese Zeitläufe keine Weisheit habe, doch kenne er die Seele des Internationalsimus, wußte genau, wie Lenin und Trotsky handeln mußten, weil er selbst an ihrer Stelle ebenso gehandelt hätte.

Sie debattierten unentwegt, der junge Lord von Reesville, der eines Lages ein ungeheures Vermögen erben würde, und der in dem Glauben erzogen worden war, dies sei nach menschlichen und göttlichen Satzungen sein gutes Recht, mußte sich von einem ormfeligen, keimen Maschinenisten aus seiner eigenen Fabrik lassen lassen, dieser Besti werde ihm genommen werden, er, der Maschinenist und seine Genossen, zu einer einzigen großen Gewerkschaft vereint, würden diesen verwalten, nicht zu Dacey's Nutzen, sondern zum Nutzen der Allgemeinheit. Wenn Jimmie auf dieses Thema zu sprechen kam, vergah er jeden Respekt. Dies war sein Traum, die Exploitation der Ausbeuter durch das Proletariat! Er sprach davon mit begeistert glänzenden Augen. In früheren Zeiten hätte der junge Lord von Reesville derartige Worte mit arroganter Belassenheit, vielleicht auch mit Maschinengewehren beantwortet. Heute sagte er zögernd, daß sei ein ungeheures Programm, und er fürchte, es werde sich nicht verwirklichen lassen.
(Fortsetzung folgt.)

Aus den Organisationen.

I. Bezirk, 4. Abteilung. Mittwoch abend 7 Uhr im Jugendklub, Mite Jakobstr. 180, gemeinschaftlicher Jahrsabend. Referat des Genossen...

Bereinskalender.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, 14. Januar: Fachgruppe 7, Schillon 4 (Schauspielerdekorations).

Aus den Kinos.

Die einschl. Donnerstag gelangen zur Aufführung: Schauburg (Hohelager). Röniggraber, Ede Prinzen-Strasse: Uraufführung des...

Es liegen dem Ausschusse zahlreiche Eingaben vor, die von Gemeindevorständen und Korporationen eingegangen sind. Der Inhalt dieser Eingaben ist sehr verschieden.

Charakteristisch für die Gegner des Gesetzes ist, daß sie vor kein Hehl daraus machten, daß für sie vornehmlich politische Gründe für ihre ablehnende Stellung maßgebend wären.

Schweres Unglück durch Explosion eines Blindgängers.

Durch die Not der Verhältnisse gezwungen, wegen Arbeitslosigkeit und den unzureichenden Löhnen, suchen zahlreiche Arbeiter und deren Angehörige auf den Schießplätzen von Zegel und Döberitz nach Sprengstoffen von Artilleriegeschossen.

Lebensmittellieferanten.

Spenau. In dem Schuppen gegenüber dem Rathaus wird Rohschiff abgegeben, am Rordhofen bei der Futtermittellieferanten Weis, Notum...

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing... 1 Kilo 70 Mk. Cohn, Brunnenstraße 11.

Platin! Zahngebisse, Silber, Messing... Weberstraße 31 (Alex. 4248).

Kupferleitungen elektr. Kronen u. säm. Installationsm. kauft Bartelt, Biemannstr. 50.

Platin-, Gold- und Silber... Silbermünzen, Platin, alle Gebisse, Platin-Zähne... Hausdorf, Palladenstr. 11 v. II.

Zahngebisse, Platin, Gold, Silber... Messing 6,50... Kupfer 11, Zinn bis 36...

Platin! Gold! Silber! Brillanten! Zahngebisse, Alter Schmuck, Gold- u. Silbermünzen... Kokoski, Brunnenstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Todesanzeige Alex Gloger... Nachruf Wilhelm Struck, Karl Sasse...

Alexander Gloger im 32. Lebensjahre im tiefsten Schmerz...

Ber. u. Hauchwitz geb. Graf. Dies zeigt tiefbetrübt an Hermann Hauchwitz...

Kupfer! Messing!! Wir kaufen... Platinpatsch & Co., Wallstraße 21/22.

FELLE alte Gebisse 1000 Mk. Gold- u. Silbermünzen... E. Hausdorf, NO 18, Palladenstr. 11.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht... Ingenieurbüro Schlichting, Berlin W 9, Linkstraße 10.

Metalle... Kupfer das kg 9.-M., Messing „ 4,50 M., Rotgub „ 5,50 M., Blei u. Zinn 1,80 M.

Blei, Zinn, Weißmetall... Paraffin, Wachs, Elektr. Leitungs- u. Dynamodrähte...

Möbel... Teilzahlung schon 50 Jahren bei Barthel, Zorndorfer Straße 54.

Minna Hoffmann, geb. Sosenberg. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Januar...

U. S. P. Friedrichshagen. Den Parteimitgliedern zur Nachricht, daß als nachträgliches Opfer...